

Mehr Deutsch und weniger Gesetze
Plädoyer für ein stärkeres Selbstbewusstsein

Seit einiger Zeit gibt es eine breite öffentliche Diskussion über die deutsche Sprache, ihren Stellenwert und ihre mutmaßliche Schutzbedürftigkeit. Bei genauerem Hinsehen ist das wachsende öffentliche Interesse an diesem Thema von sehr unterschiedlichen Aspekten bestimmt, die mit der Entwicklung der deutschen Sprache selbst und ihrer Verbreitung innerhalb und außerhalb Europas verbunden sind.

Während die einen über die zunehmende Verwendung fremdsprachlicher Begriffe aus ästhetischen Gründen oder wegen beeinträchtigter Verständigungsmöglichkeiten besorgt sind, weisen andere auf die rückläufige Bedeutung von Deutsch im Wettbewerb der Weltsprachen hin. Für beide gilt, dass die empirische Basis für die vorgetragene Besorgnis eher dürftig ist und

nur ausnahmsweise auf gesicherten aktuellen Daten beruht. Dies hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vor dem Hintergrund des von Europäischer Union und Europarat für 2001 ausgerufenen *Europäischen Jahres der Sprachen* veranlasst, im Deutschen Bundestag eine Große Anfrage zur „Verbreitung, Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache“ einzubringen. Ziele der Anfrage sind eine systematische Bestandsaufnahme der tatsächlichen Situation und eine verstärkte Wahrnehmung der politischen Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern zur Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit diesem Thema hat im Deutschen Bundestag seit den achtziger Jahren nicht mehr stattgefunden. Deshalb hat die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesem Themenkomplex sachkundige Hinweise ausgewie-

sen, Experten renommierter Institutionen und Hochschulen um Stellungnahmen gebeten und in die Formulierung der Großen Anfrage eingearbeitet.

Besonders auffällig und politisch bedeutsam ist das nachlassende Interesse am Erlernen der deutschen Sprache im Ausland bei gleichzeitig wachsender Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Während spätestens seit der Wiedervereinigung neben der wirtschaftlichen auch die politische Bedeutung Deutschlands in Europa und darüber hinaus deutlich gewachsen ist, scheint die Nachfrage nach Deutsch als Wirtschafts- und Wissenschaftssprache mindestens relativ, möglicherweise auch in absoluten Zahlen zurückzugehen. Jede mögliche politische Initiative zur Korrektur dieser Entwicklung muss auf aktuellen Daten über Verbreitung, regionale Verteilung und Entwicklungen der deutschen Sprache beruhen, die insbesondere die Sprachar-

beit der Mittlerorganisationen der auswärtigen Kulturpolitik, die Auslandsschulen, den Auslandsrundfunk einbeziehen. Auch die Rolle der deutschen Sprache als Amts- und Arbeitssprache der Europäischen Union und des Europarates ist nicht nur unter dem Aspekt politischer Selbstbehauptung von Bedeutung, sondern auch für den Stellenwert und die Verbreitung als Fremdsprache.

Instrument der Integration

Immerhin ist Deutsch die meistgesprochene Muttersprache der Europäischen Gemeinschaft, die allerdings als Fremdsprache nur eine nachgeordnete Bedeutung hat. Unbestritten ist die Sprachkompetenz als unverzichtbares Instrument der Integration von im Gastland lebenden Ausländern und ihren Familienangehörigen.

Deshalb ist die Förderung des Spracherwerbs bei auf Dauer in Deutschland lebenden Mitbürgern ausländischer Herkunft eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe, die ebenso einer aktuellen Bestandsaufnahme bedarf wie die Förderung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa sowie die Verpflichtungen, die sich aus den Nachbar-

schaftsverträgen zur wechselseitigen Verbesserung der Sprachenkenntnisse ergeben. Ob dagegen gesetzliche Regelungen zum Schutz der Sprache, wie sie in den vergangenen Jahren zum Beispiel in Frankreich und Polen durchgesetzt worden sind, ein notwendiger und wirkungsvoller Beitrag zur Zukunftssicherung sind, darüber kann und muss man auch unter Berücksichtigung der aktuellen Zunahme vor allem anglo-amerikanischer Ausdrücke in der Umgangssprache, in den Medien und der Werbung durchaus streiten.

Die inzwischen beachtliche öffentliche Diskussion zur Überfrachtung der deutschen Sprache durch Anglizismen und einem vor allem der Werbung entstammenden Jargon ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist die verständliche und überfällige Reaktion auf eine Entwicklung, die immer mehr Menschen mit einer Mischung aus Amüsement und Verärgerung verfallen. Wenn jeder Treffpunkt zum „meeting-point“, jedes Büro zum „office“ aufgeblasen und bei jeder Auskunft an den „operator“ in einem „call-center“ verwiesen wird, leidet nicht nur die Allgemeinverständlichkeit, sondern vor allem die Ernsthaftigkeit im Umgang mit

der eigenen Sprache. Jedenfalls ist der offensichtlich unwiderstehliche Hang, Produkte und Dienstleistungen vorzugsweise mit angloamerikanischer Terminologie auszustatten oder anzureichern, kein Nachweis für Modernität, auch wenn es so wirken soll. Denn diese Anleihen, ohne Not und Nachdenken übernommen, sind eher ein Indiz für Hilflosigkeit als für selbstbewusste Weltläufigkeit, und sie sind oft schlicht albern.

Kritikfähigkeit und Zivilcourage

Dass die Literatur nicht die Werbung prägt, ist nicht zu beanstanden. Umgekehrt muss die Werbesprache nicht unbedingt die Umgangssprache dominieren. Meistens unnötig ist die zunehmende Verwendung größtenteils auch in der britischen Umgangssprache nie („Handy“!) oder selten gehörter englischer Begriffe vor allem in gutachterlichen Bemühungen von Unternehmensberatungen, die ihren Erzeugnissen den Anschein besonderer Seriosität geben sollen. An was es mangelt, ist nicht eine Sprachpolizei, sondern die Kritikfähigkeit im Umgang mit Texten und die Zivilcourage, sich gegen offenen Unsinn zur Wehr zu setzen, auch wenn die Ur-

heber jenseits jeder Kritik zu stehen scheinen.

Sprachen sind lebende Organismen, sie leben auch von der Begegnung mit anderen Sprachen und von ihrer wechselseitigen Beeinflussung. Preußen hat unter der Vorliebe seines bedeutendsten Königs für die französische Sprache nicht gelitten, und die Einflüsse der staatlich geförderten Zuwanderung auch auf die sprachliche Verständigung der damaligen „Untertanen“ haben zur Entwicklung einer selbstbewussten Bürgerschaft durchaus beigetragen.

Fehlentwicklungen begrenzen

Der Staat hat nur begrenzt Einfluss auf sprachliche Entwicklungen in der Gesellschaft, aber immerhin sollte er Fehlentwicklungen mindestens in der Amtssprache begrenzen. Solange Lehrpläne an deutschen Schulen als „Curricula“ verkündet werden, können Deutschlands Kultusminister allerdings schwerlich in den entschlossenen Kampf zur Erhaltung der deutschen Sprache ziehen.

Statt die deutsche Sprache als Wissenschaftsspra-

che für klinisch tot zu erklären, könnte der amtierende Staatsminister für Kultur und Medien als Beauftragter der Bundesregierung dieses Thema auf die „Agenda“, besser: die Tagesordnung, der Kulturpolitik setzen und damit zur notwendigen Sensibilität für dieses Thema nicht nur auf Bundes- und Länderebene beitragen.

Ganz offensichtlich sehen viele Betroffene einen Handlungsbedarf, den manche – einem vertrauten Reflex folgend – in der Gesetzgebung ansiedeln. Denn nach deutscher Denkgewohnheit gilt ein Problem nur dann als gelöst, wenn es per Gesetz geregelt ist. Die Forderung nach einem deutschen Gesetz zum Schutz der Sprache liegt somit gewissermaßen in der Luft. Sprache eignet sich aber für gesetzliche Regelungen besonders wenig. Und wer die quälende Debatte und die umstrittenen Ergebnisse der Rechtschreibreform nicht völlig verdrängt hat, wird von einem Gesetz unter besonderer Berücksichtigung der komplizierten Kompetenzverteilung zwischen

Bund und Ländern nichts Überzeugendes erwarten dürfen.

„Slow motion“ statt hektischen Aktionismus möchte man empfehlen. Zur Pflege und Weiterentwicklung der deutschen Sprache ist weniger staatliche Autorität gefragt als vielmehr das Selbstbewusstsein einer zivilen Gesellschaft, die in der eigenen Sprache ein alles andere als zufälliges, beliebiges, sondern vielmehr ein grundlegendes Element ihres Selbstverständnisses und ihrer Verständigung sieht, das sie nicht „outzusourcen“ bereit ist an unseriöse Zwischenhändler.

Das soeben begonnene *Europäische Jahr der Sprachen* mag ein willkommen Anlass sein, die Sprache neu zu entdecken – ob als Mittel, sich die Welt schöpferisch anzueignen, oder als Instrument der Integration, ob als Kommunikations- oder als Kunstform. Ich plädiere für weniger Aufregung und mehr Gelassenheit, weniger Minderwertigkeitskomplexe und mehr Selbstbewusstsein, weniger Gesetze und mehr Kultur – nicht nur im „Feuilleton“!